

V-07 Aufforderung zur Debatte zum Selbstbestimmungsgesetz

Antragsteller*in: Eva Müller (KV Ostholstein)
Tagesordnungspunkt: Verschiedenes (nicht gerant)

Antragstext

- 1 Repräsentantinnen und Repräsentanten von Bündnis 90/Die Grünen bereiten ein
2 'Selbstbestimmungsgesetz' vor. Bisher wurde lediglich ein Eckpunktepapier
3 vorgestellt (Link
4 [https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/Artikel/
5 220630_Eckpunkte_Selbstbestimmungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=2](https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/Artikel/220630_Eckpunkte_Selbstbestimmungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=2)), so dass die Einzelheiten des neuen Gesetzes
6 noch nicht
7 bekannt sind. Viele Fragen ergeben sich für uns daraus, die es unbedingt zu
8 beantworten
9 gilt. Die dem Eckpunktepapier beigefügte Liste des BMFSfJ mit Fragen und Antworten
10 beantwortet weder die dort gestellten Fragen zufriedenstellend noch beinhaltet sie
11 weitere
12 relevante Fragen. Wir befürchten, dass die Veröffentlichung des konkreten
13 Gesetzentwurfs
14 erst kurz vor der Verabschiedung geplant ist, so dass es dann für eine breite Debatte
15 zu
16 spät ist.
- 17 Wir sind heute der Meinung:
- 18 • Ja, es gibt Handlungsbedarf. Das bestehende TSG entspricht nicht mehr den
19 gesellschaftlichen Werten und bedarf einer Anpassung, die transsexuellen Menschen
20 Erleichterung einräumt und mehr Akzeptanz in der Gesellschaft verschafft
 - 21 • Die geplante Veränderung, Recht auf Selbstdeklaration des Geschlechtes in der im
22 Eckpunktepapier beschriebenen Form, ist so fundamental, dass sie Auswirkungen auf
23 andere,
24 nicht transsexuelle Erwachsene und insbesondere auf Kinder und Jugendliche hat, und
25 deshalb
26 nicht ohne eine breite gesellschaftliche Zustimmung umgesetzt werden sollte.
 - 27 • Wir möchten daran erinnern, dass große Reformen (wie zum Beispiel die
28 Abschaffung des
29 Verbots von Homosexualität, die 'Ehe für Alle', das Abtreibungsrecht, das Sterberecht
30 usw.)
31 in Deutschland in den meisten Fällen mit breiten überparteilichen Mehrheiten
32 durchgesetzt
33 worden sind. Diese Akzeptanz braucht auch das geplante Selbstbestimmungsgesetz.
34 Weshalb wir
35 für eine neue Regelung der Rechte von transsexuellen Menschen eine breite Mehrheit,
36 bestenfalls unter Einbeziehung von Abgeordneten aller Parteien, anstreben.
 - 37 • Dies erfordert, dass Fragen gestellt und beantwortet werden, Argumente

ausgetauscht werden

31 können, Bedenken und Ängste aller Menschen ernst genommen und respektiert
werden. Eine

32 breite gesellschaftliche Debatte sollte deshalb zuvor ermöglicht werden. Es ist nicht
33 hinnehmbar, dass Menschen, die Einwände gegen das geplante
Selbstbestimmungsgesetz

34 vorbringen, öffentlich diffamiert, bedroht und mundtot gemacht werden. Weder
parteiintern

35 noch in der öffentlichen Debatte.

36
37 • Gute Argumente müssen gehört werden, damit für wirklich alle Seiten das Beste
entstehen

38 kann. Folgen und Spätfolgen müssen bedacht werden, damit in der breiten
Bevölkerung nicht

39 nur die Akzeptanz für transsexuelle Menschen wächst sondern bestenfalls auch die
40 Unterstützung derer.

41 Deshalb beantragen wir:

42
43 • eine innerparteiliche Debatte zu diesem Gesetz, die auch in aller Breite und
Offenheit

44 möglich gemacht werden muss.

45 • Diffamierungen sind zu unterlassen.

46
47 • Eine breit angelegte Rechtsfolgenabschätzung für die geplanten Regelungen , sowie
48 belastbare quantitative Studien und aktuelle wissenschaftliche Leitlinien müssen das
Bild

49 abrunden und gehören zur Meinungsbildung dazu. Deshalb müssen diese im Gesetz
Niederschlag

50 finden.

51
52 • Alternativen bzw. Änderungen zu dem geplanten Gesetz (die dieselbe Intention
verfolgen,

53 aber andere gesetzliche Bestimmungen vorschlagen) müssen ergebnisoffen diskutiert
werden

54 können.

Begründung

Repräsentantinnen und Repräsentanten von Bündnis 90/Die Grünen bereiten ein 'Selbstbestimmungsgesetz' vor. Bislang wurde lediglich ein Eckpunktepapier vorgestellt (https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/Artikel/220630_Eckpunkte_SelbstbestimmungsG-.pdf?__blob=publicationFile&v=2), so dass die Einzelheiten des neuen Gesetzes noch nicht bekannt sind. Viele Fragen ergeben sich für uns daraus, die es unbedingt zu beantworten gilt. Die dem Eckpunktepapier beigefügte Liste des bmfsfj mit Fragen und Antworten beantwortet weder die dort gestellten Fragen zufriedenstellend noch beinhaltet sie weitere relevante Fragen. Wir befürchten, dass die Veröffentlichung des konkreten Gesetzentwurfs erst kurz vor der Verabschiedung geplant ist, so dass es dann für eine breite Debatte zu spät ist.

weitere Antragsteller*innen

Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Ute Lefelmann-Petersen (KV Plön); Petra Iden (KV Böblingen); Klaus Krauth (KV Braunschweig); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); David Allison (KV Reutlingen); Renate Haug (KV Tübingen); Saskia Dittgen (KV Brandenburg/Havel); Reiner Henkelmann (KV Rottweil); Gerhard Bronner (KV Schwarzwald-Baar); Thomas Unnewehr (KV Rendsburg-Eckernförde); Frank Eckardt (KV Potsdam-Mittelmark); Eugen Schlachter (KV Biberach); Ulrike Henkelmann (KV Rottweil); Daniela Toscano (KV Böblingen); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); Ulrich Oberdieck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Michael Köberle (KV Sigmaringen); sowie 50 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.